

Presseerklärung zur Entwicklung der Energiepreise

Zur freien Veröffentlichung

Bremen, 13.07.2022 — Bereits seit September letzten Jahres, also noch vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine, sind die Energiepreise am Großhandelsmarkt deutlich angestiegen. Im Oktober verzeichneten die Börsen für Strom und Erdgas Preise, die um das Vierfache über dem üblichen Handelsniveau lagen. Inzwischen hat sich die Situation weiter verschärft, und die Großhandelspreise liegen jetzt um 800% höher als üblich. Eine Mitschuld daran trägt die Bundesregierung durch ihre Sanktionspolitik gegenüber Russland, durch Markteingriffe in den hiesigen Energiesektor und durch preistreibenden politischen Aktionismus.

Die hohen Energiepreise werden die Menschen und die Wirtschaftsunternehmen in nächster Zeit hart treffen. Nebenkostenabrechnungen werden explodieren, und Preissteigerungen bei anderen Produkten, die sich in Folge der hohen Energiepreise verteuern, werden die Lage weiter verschärfen. Das Land Bremen mit der bundesweit höchsten Armutsquote von 28% steuert hier auf eine dramatische Krise zu, doch der Bremer Senat bleibt untätig.

Der Bremer Landesverband der Partei dieBasis schließt sich daher der Forderung von Oskar Lafontaine an, die Bundesregierung möge Nord Stream 2 öffnen, um das Schlimmste zu verhindern.

Konkret fordert der Landesverband:

- Bürgermeister Dr. Bovenschulte muss über den Bundesrat und auch direkt auf die Bundesregierung einwirken, damit diese auf diplomatischem Weg die Energieversorgung aus Russland weiterhin sicherstellt – auch durch die Freigabe von Nord Stream 2.
- Senatorin Dr. Schaefer muss über den Krisenstab der Bundesregierung darauf hinwirken, dass die Energieversorgung aus Russland sichergestellt wird und diplomatische Bemühungen unternommen werden, um auch Nord Stream 2 zu nutzen.
- Die Bürgerschaft muss unverzüglich einen Maßnahmenkatalog zur Abfederung der extremen Kostenexplosion für den stark betroffenen Teil der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven beschließen.
- Der Bremer Senat muss den Energieversorger swb auffordern, über die energiewirtschaftlichen Lobbyverbände BdEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) und VKU (Verband kommunaler Unternehmen) Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpft, um die Energieversorgung aus Russland weiterhin sicherzustellen.

Ansprechpartner:

Erich Sturm
erich.sturm@diebasis-hb.de
Tel. 0170-5246862